

Große Anfrage

Fraktion der SPD
Fraktion der Grünen

Hannover, den 11. 3. 1992

Betr.: Situation im Strafvollzug

In den Justizvollzugsanstalten des Landes Niedersachsen sind steigende Belegungszahlen zu beobachten. Besonders deutlich wird dieser Anstieg in der U-Haft.

Die Situation in vielen Hafteinrichtungen ist geprägt durch Überbelegung und teilweise ungenügende materielle Ausstattung und Überalterung der zum Teil unter Denkmalschutz stehenden Gebäude. Hinzu kommt, daß auf Grund der Sparbeschlüsse der vorherigen Landesregierung die Zahl der Bediensteten in undifferenzierter Weise abgebaut wurde.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Haftplätze gibt es in den einzelnen niedersächsischen Justizvollzugsanstalten und Abteilungen getrennt nach Männern und Frauen — U-Haft — geschlossener Vollzug — offener Vollzug — Jugendvollzug — Abschiebehaft?
2. Wie war die Auslastung dieser Plätze im Durchschnitt in den Jahren 1988, 1989, 1990 und 1991, aufgeschlüsselt gemäß Frage 1 (prozentual und absolut)?
3. Wie hoch war die Spitzenbelastung in den einzelnen Einrichtungen in den Jahren 1988, 1989, 1990 und 1991 (prozentual und absolut)?
4. a) Wie viele der Hafträume in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten sind Einzelhafträume?
b) Wie viele dieser Einzelhafträume mußten mit mehr als einem Häftling belegt werden (aufgeteilt auf die einzelnen Anstalten und Haftbereiche in den Jahren von 1988 bis 1991)?
5. a) Wieviel qm Haftraum stehen einem Gefangenen zu?
b) Wie viele Hafträume entsprechen dieser Größenanforderung?
6. a) Welche Justizvollzugsanstalten können wegen Denkmalschutzvorschriften nicht so umgebaut werden, daß sie den Anforderungen des modernen Stravollzuges entsprechen?
b) Welche Strafanstalten sind in welchem Jahr gebaut?
c) Welche Vorschriften sind bei Umbauten besonders zu berücksichtigen?
7. a) Wie viele Hafträume in welchen Anstalten sind mit Naßzellen ausgestattet?
b) In welchen Anstalten gibt es Gemeinschaftsduschen, und in welchem Zustand sind diese?

8. Gibt es in den Justizvollzugsanstalten ausreichend
 - a) Sozialräume für Bedienstete,
 - b) Räume für Gefangenenarbeit,
 - c) Besprechungsräume,
 - b) Besucherräume,
 - e) Freizeiträume?
 - f) Wenn nein: Wo fehlen welche Räume?
9. In welchen Anstalten entsprechen die Arbeitsräume nicht den Anforderungen, die nach den allgemeinen Vorschriften an Arbeitsräume zu stellen sind?
10. Wie viele Gefangene haben — aufgeschlüsselt nach Anstalten — Arbeit
 - a) innerhalb der Anstalt,
 - b) als Außenarbeiter,
 - c) als Freigänger?
11. Wie viele Gefangene befinden sich in Ausbildung
 - a) innerhalb der Anstalt,
 - b) als Freigänger?
12. Wie viele Gefangene sind — aufgeschlüsselt nach Anstalten — arbeitslos, und aus welchen Gründen?
13. Welche Anstalten können noch freie Arbeitsplätze für Gefangene anbieten?
14.
 - a) Wie hoch ist der durchschnittliche Verdienst eines Gefangenen bei den verschiedenen Arbeitsmöglichkeiten?
 - b) Wie beurteilt die Landesregierung das Hamburger Projekt, in dem Gefangene sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden?
15.
 - a) Wie bewertet sie die gegenwärtige Arbeits- und Ausbildungssituation im Justizvollzug, und welche Bedeutung mißt sie beiden zu?
 - b) Welche rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten sieht sie, um die Arbeitssituation der Gefangenen zu verbessern?
16. In welchen Anstalten sind Sportübungsleiter und Sportlehrer tätig?
17. Wie sind die einzelnen Anstalten mit Sporträumen und Sportanlagen ausgestattet, und wo fehlen sie?
18. Welchen Stellenwert mißt die Landesregierung dem Sport in den Justizvollzugsanstalten zu?
19. Wie schätzt sie die medizinische Versorgung der Gefangenen ein, und welche Verbesserungen hält sie für notwendig?
20. Welche Anstalten verfügen über hauptamtliche Ärzte und Zahnärzte, und reichen diese zur ärztlichen Versorgung der Gefangenen aus?
21. Über wie viele Krankenpfleger und Helfer verfügen die einzelnen Anstalten? Reichen sie aus?
22. Wie stellt sich die personelle Lage im Anstaltskrankenhaus Lingen dar?

23. Welche Zahlen liegen vor über
 - a) Betäubungsmittelabhängige,
 - b) Alkoholabhängige,
 - c) HIV-Infizierte,
 - d) Aids-Krankein niedersächsischen Justizvollzugsanstalten?
24. Wie ist die Betreuung drogenabhängiger Gefangener geregelt?
 - a) bei welchen Anstalten werden Abhängige zur Entgiftung in ein Krankenhaus eingewiesen?
 - b) Welche Anstalten führen die Entgiftung selbst durch? Welche Möglichkeiten stehen hierfür zur Verfügung?
 - c) Welche Maßnahmen haben die Landesregierung und die einzelnen Anstalten ergriffen, um den sogenannten kalten Entzug zu verhindern?
25. In welchen Justizvollzugsanstalten sind für externe Drogenberater feste Anlaufstellen eingerichtet, und wie häufig sind sie besetzt?
26. In welchen Justizvollzugsanstalten ist das medizinische Personal auf Substitutionsbehandlung Suchtmittelkranker vorbereitet, und in welchen Anstalten wird dies abgelehnt?
27. Welche Möglichkeiten der Haftvermeidung sieht die Landesregierung bei Drogenabhängigen?
28. Wie steht sie zur Einrichtung spezieller, drogenfreier Abteilungen?
29. Wie ist die Betreuung der Neuzugänge in den Justizvollzugsanstalten geregelt, und wo gibt es besondere Aufnahmeabteilungen zur Behandlungsuntersuchung, und seit wann?
30. Welche Konzepte entwickelt die Landesregierung zur besseren Entlassungsvorbereitung und Entlassenenhilfe? Wie sollen sie umgesetzt werden?
31.
 - a) Wie viele Suizide hat es in den einzelnen Jahren und Anstalten seit 1988 gegeben?
 - b) Wie viele Suizide wurden von Gefangenen ausgeführt, die wegen Betäubungsmittelverstoß inhaftiert waren?
32. Wie hoch ist der Anteil ausländischer Inhaftierter in den einzelnen Haftbereichen; aufgeteilt nach Männern, Frauen und Nationalitäten (absolut und prozentual)?
33. Inwieweit wird den Problemen ausländischer Häftlinge Rechnung getragen
 - a) sprachlich,
 - b) sozial,
 - c) kulturell und religiös,
 - d) familiär?
34. Reichen die Maßnahmen nach Ansicht der Landesregierung aus?
35. Welche Maßnahmen müßten insbesondere getroffen werden, um die Situation ausländischer Gefangener zu verbessern?

36. Können abzuschiebende Familien
 - a) gemeinsam untergebracht werden? Wenn nein, warum nicht?
 - b) Wo werden Kinder von Abschiebehäftlingen untergebracht?
37. Gibt es für Abschiebehäftlinge
 - a) ausreichende medizinische und psychologische Betreuung,
 - b) Arbeitsmöglichkeiten,
 - c) Lockerungen?
 - d) Können Einkaufsmöglichkeiten genutzt werden?
 - e) Kann das anstaltsinterne Freizeitangebot genutzt werden?
38. Wie beurteilt die Landesregierung die tatsächliche und psychische Situation der Abzuschiebenden in den Haftanstalten?
39. Welche besonderen Probleme ergeben sich für die Justizvollzugsanstalten durch die Aufnahme von Abschiebehäftlingen?
40. Wie viele Personen — aufgeteilt nach Jahren, Männern, Frauen und Jugendlichen — haben sich seit 1988 in Abschiebehäft befunden?
41. Wie lang ist die durchschnittliche Dauer der Abschiebehäft?
 - a) Längste und kürzeste Dauer in den Jahren 1988 bis 1991?
 - b) Gibt es bei der Dauer Unterschiede für Frauen und Männer?
 - c) Ist die Dauer der Abschiebehäft abhängig von der Nationalität? Wenn ja, bitte aufschlüsseln.
 - d) Wie wird die unterschiedliche Dauer begründet?
42. Welche Möglichkeiten der Haftvermeidung bei ausländischen Gefangenen mit Bagatelldelikten sieht die Landesregierung? Welche Maßnahmen will sie fördern?
43. Welche speziellen Probleme sieht sie für Frauen im Vollzug?
44. Wie kann bei der relativ kleinen Zahl ein differenzierter Vollzug erreicht werden?
45. Welche fördernden Maßnahmen gibt es für inhaftierte Frauen, und zwar
 - a) Bildungsmaßnahmen,
 - b) sozialpädagogische Maßnahmen,
 - c) für Mütter und werdende Mütter,
 - d) offener Vollzug,
 - e) Arbeitsplätze und -möglichkeiten,
 - f) heimatnahe Unterbringung?
 - g) Wo erfolgt die stationäre Behandlung kranker inhaftierter Frauen?
46. Welche weiteren Pläne zur Verbesserung des Frauenvollzuges verfolgt die Landesregierung?
47. Wie entwickelten sich im Jugendvollzug — aufgeteilt nach Gerichtsbezirken — die Belegungszahlen in den Jahren 1988 bis 1991?
48. Welche Gründe sieht die Landesregierung für diese Entwicklung?
49. Welche Rolle spielen ambulante sozialpädagogische Maßnahmen im Rahmen des Jugendkriminalrechts?

50. Gibt es in Niedersachsen noch Gerichtsbezirke, in denen Haftvermeidung mit ambulanten sozialpädagogischen Maßnahmen nicht durchgeführt wird? Wenn ja, wo?
51. Wie hat sich die Zahl der Bewährungshilfeprobanden und der Bewährungshelfer seit 1988 entwickelt?
52. Welche Gründe sieht die Landesregierung für die ansteigenden U-Haft-Zahlen?
53. Wie entwickelte sich in der Zeit von 1988 bis 1991 die U-Haftdauer?
54. In wie vielen Fällen war die U-Haftdauer länger als die später verhängte Strafe?
55. In wie vielen Fällen kam es später zu keiner vollstreckbaren Freiheitsstrafe, sondern zu Bewährung, Geldstrafe, Verfahrenseinstellung oder Freispruch?
56. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Zahl der U-Haftanordnungen zu senken und die durchschnittliche U-Haftdauer zu verkürzen?
57. Wie will sie die U-Haftbedingungen verbessern?
58. Wie wirken sich die Sparbeschlüsse der alten Landesregierung auf die Inanspruchnahme des Personals und die einzelnen Anstalten aus
 - a) im AVD,
 - b) im Verwaltungsdienst,
 - c) im pädagogischen Dienst,
 - d) im Sozialdienst,
 - e) im psychologischen Dienst,
 - f) im Werkdienst?
59. Welche neuen Stellen hat die Landesregierung seit 1990 geschaffen?
60. Wie ist die Ausschöpfung der Stellenobergrenzen in den einzelnen Laufbahnen, und wie hat sie sich seit 1988 bis heute entwickelt?
61. Welche Haushaltsmittel für Aus- und Fortbildung standen jährlich seit 1988 zur Verfügung?
62. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um insbesondere die Arbeits- und Wirksamkeitsbedingungen der sozialen Dienste nachhaltig zu verbessern?
63. Haben sich in den letzten 15 Jahren Veränderungen in den Gefangenengruppen ergeben (Kriminalitätsstruktur, Herkunft, Straflänge)?
64. Welche Konsequenzen sind nach Meinung der Landesregierung auf längere Sicht daraus zu ziehen
 - a) für die Personalstruktur,
 - b) für die vollzuglichen Maßnahmen,
 - c) für die technische Ausstattung und die bauliche Situation der Anstalten?
65. Gibt es neue Überlegungen oder Konzepte für die Unterbringung und Behandlung besonders gefährlicher Gefangener, und wie sehen sie aus?

Für die Fraktion der SPD

Bruns

Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der Grünen

Dr. Dückert

Fraktionsvorsitzende